Nordrhein-Westfalen 146 Plenarprotokoll 17/73

## 8 Gesetz zur Errichtung einer Stiftung "Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalen"

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/7904

erste Lesung

Die Aussprache ist eröffnet. Ans Pult tritt der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Herr Kuper. Abgeordneter ist Herr Kuper auch. Jetzt spricht der Abgeordnete und nicht der Präsident. Wir wollen da ganz korrekt sein, Herr Präsident. Bitte schön. Sie haben das Wort, Herr Abgeordneter.

(Heiterkeit)

André Kuper (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was soll ich nach einer solchen Anmoderation sagen? – Wir bringen heute das Gesetz zur Errichtung einer Stiftung "Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalen" ein, womit wir gemeinsam ein starkes Zeichen für ein Projekt setzen können, das gerade von diesem Haus in besonderem Maße gefördert wurde.

Lassen Sie mich kurz zurückblicken. Seit den 1980er-Jahren hat es immer wieder Anläufe gegeben, ein historisches Landesmuseum in Nordrhein-Westfalen ins Leben zu rufen. Sie wurden unterschiedlich diskutiert, sind aber kaum über erste Gedankenansätze hinausgekommen. Das "Haus der Parlamentsgeschichte" in der Villa Horion war ein erster praktischer Schritt in diese Richtung.

Neue Dynamik bekam diese Idee 2017 mit der Verankerung als Ziel im Koalitionsvertrag der amtierenden Landesregierung.

Zur Realisierung dieses Projektes wurde das überparteiliche Dach dieses Landtages gesucht. Wir waren uns am 18. Januar 2018 in diesem Hohen Hause weitgehend einig und verabschiedeten einen Grundsatzbeschluss.

Direkt danach wurden im Landtag eine Planungsgruppe mit Historikern sowie ein Kuratorium mit Präsidiumsmitgliedern und Abgeordneten ins Leben gerufen. Die Aufgabe des unter meinem Vorsitz stehenden Kuratoriums und der Planungsgruppe der Historiker bestand darin, das Projekt (strategisch) im Kuratorium und (operativ) in der Planungsgruppe vorzubereiten.

Nun, genau 23 Monate später, sind wir so weit, dieses Stiftungsgesetz hier und heute vorlegen zu können. Das ist ein wichtiger Meilenstein. Dies konnte

nur deshalb gelingen, weil es eine sehr professionelle und sehr strukturierte Zusammenarbeit zwischen dem Kuratorium und der Planungsgruppe gegeben hat. An dieser Stelle spreche ich allen Beteiligten meinen herzlichen Dank aus.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

27.11.2019

Seit April 2018 hat das Kuratorium 15 Mal getagt und wichtige Grundsatzentscheidungen getroffen, beispielsweise auch zu den konzeptionellen und organisatorischen Eckpfeilern für eine Jubiläumsausstellung "75 Jahre" im Jahr 2021.

Mit diesem Stiftungsgesetz stellen wir jetzt die Weichen für ein Haus, in dem die Menschen in unserem Land die Geschichte Nordrhein-Westfalens unter den Aspekten Demokratie, Vielfalt und Wandel erleben können. Denn dieses Land hat in seiner nunmehr 73-jährigen Geschichte vieles zu erzählen, aus dem wir heute und morgen noch lernen können und auch lernen müssen.

Was beinhaltet nun dieser Gesetzentwurf? Zunächst einmal eine Besonderheit: Mit diesem Stiftungsgesetz wird das Land – in diesem Fall Landtag <u>und</u> Landesregierung gemeinsam – eine rechtsfähige Stiftung des öffentlichen Rechts errichten.

Organe sind das Kuratorium, das Präsidium oder die Präsidentin/der Präsident, der Wissenschaftliche Beirat und der Arbeitskreis gesellschaftlicher Gruppen

Im 16-köpfigen Kuratorium sind für das Land die Gründungsstifter, also Landesregierung und Landtag, gemeinsam vertreten. Der Landtag stellt hierbei mit seinem Präsidium und den Abgeordneten je Fraktion insgesamt neun Mitglieder in dieser Legislatur. Die Landesregierung wird mit fünf Mitgliedern vertreten sein. Darüber hinaus wird im Kuratorium je ein Mitglied der Landschaftsverbände vertreten sein. Diese sind ja auch für regionale Landesgeschichte zuständig.

Gerade in der Zusammenarbeit mit den eben schon genannten Gremien sehen wir fraktionsübergreifend die notwendige Verankerung des zukünftigen Hauses in der Breite unserer Gesellschaft.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dem geplanten Standort für das "Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalen" im Behrensbau werden wir einen guten Verbund zum Landtag und zum Regierungsviertel haben. Die Nähe zum Herz der Demokratie und die Kombination werden das Verständnis für unsere Demokratie stärken. Es wird den Menschen das Land näherbringen und dadurch auch unser Zusammenleben stärken.

Gerade in der heutigen Zeit sind solche Institutionen wichtiger denn je. Sie sollen keine Meistererzählung

bieten und keine Leistungsschau sein, sondern Menschen partizipativ zum selbstständigen Reflektieren ermuntern, um aktive und mündige Nordrhein-Westfalen zu sein.

Wir waren hier im Landtag – wenn Sie mir dieses Bild zum Abschluss erlauben – die "Geburtshelfer" dieses Projektes. Ich freue mich auf eine Fortsetzung der Arbeit in der neuen Stiftung und danke Ihnen allen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kuper. – Nun hat für die SPD-Fraktion Herr Professor Dr. Bovermann das Wort.

Prof. Dr. Rainer Bovermann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als wir am 18. Januar 2018 hier den Antrag "Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen für die Menschen greifbar und erlebbar machen" diskutierten, habe ich auf drei Punkte im Zusammenhang mit der Schaffung eines "Hauses der Geschichte Nordrhein-Westfalen" hingewiesen:

erstens, dass man dafür viel Zeit braucht; zweitens, dass nicht die Haupt- und Staatsaktionen, sondern die Menschen im Mittelpunkt stehen müssen, und drittens, dass es sich nicht um ein Vorhaben der Regierung oder einer einzelnen Partei handeln dürfe.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, alle drei Bedingungen sind bisher erfüllt worden. Sie bleiben aber aktuell.

Fast zwei Jahre später stehen die Fundamente für das "Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalen". Planungsgruppe und Kuratorium – wir haben es gerade gehört – haben in vielen Sitzungen Ausstellungs-, Sammlungs-, Veröffentlichungs- und Veranstaltungsplanungen diskutiert und auf den Weg gebracht.

Auch ich möchte die Gelegenheit nutzen, um mich bei den Mitgliedern des Kuratoriums für die kollegiale und vertrauensvolle Zusammenarbeit zu bedanken. Ebenso danke ich der Planungsgruppe unter Leitung von Dr. Hitze und Professor Goch für die konzeptionelle Arbeit.

Mit der Einbringung des Entwurfs für ein Stiftungsgesetz wird nun eine neue Bauphase eingeleitet. Uns war von vornherein klar, dass eine Verankerung der Planungsgruppe in der Landtagsverwaltung keine Dauerlösung sein könnte. Daher hat sich das Kuratorium frühzeitig um eine geeignete Organisationsform für das "Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalen" bemüht.

Auf Vorschlag eines Gutachtens von Professor Andrick sind wir zu dem Ergebnis gekommen, dass dies nur eine Stiftung öffentlichen Rechts sein kann. Sie bietet die Vorteile der Eigenständigkeit, der Dauerhaftigkeit und der Rechtssicherheit.

Das Stiftungsgesetz geht jedoch über die Festlegung der Organisationsform hinaus und regelt die Organe der Stiftung und ihr Verhältnis zueinander.

Das bisher mit vier Mitgliedern des Landtagspräsidiums und sechs weiteren Landtagsabgeordneten besetzte Kuratorium wird nun größer. Auch die Gewichte der beteiligten Akteure verschieben sich. Neu hinzu kommen die fünf Mitglieder der Landesregierung und die Vorsitzenden der Landschaftsversammlungen. Neben dem Landtagspräsidium gehören dem Kuratorium zukünftig je eine Abgeordnete bzw. ein Abgeordneter der im Landtag vertretenen Fraktion an.

Angesichts des Geschichtsverständnisses der AfD wird es umso wichtiger sein, den bisherigen Konsens der demokratischen Fraktionen im Kuratorium fortzusetzen.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Ich sage das hier sehr bewusst – auch vor dem Hintergrund der geschichtspolitischen Debatte, die wir kürzlich erst zum 9. November 1938 geführt haben.

(Beifall von der SPD)

Ohne nun auf die anderen Organe im Einzelnen einzugehen, möchte ich noch einmal einen Punkt hervorheben. In § 2 des Gesetzentwurfes heißt es – ich zitiere –:

"Der Stiftungszweck wird insbesondere durch die Leitgedanken 'Demokratie, Vielfalt, Wandel' verwirklicht."

Meine Damen und Herren, das Alleinstellungsmerkmal des "Hauses der Geschichte Nordrhein-Westfalen" soll nach unserem Willen die Demokratiegeschichte sein – nicht als Meistererzählung einer Staatsform, die von oben verordnet wurde, sondern als von unten gewachsene bestmögliche Staats- und Lebensform.

(Beifall von der SPD)

Demokratie, Vielfalt, Wandel – das ist die DNA unseres Landes. Wenn es uns gemeinsam gelänge, diese Leitgedanken eines Geschichts- und Landesbewusstseins zu vermitteln und zu fördern, wäre viel erreicht.

In diesem Sinne unterstützt die SPD-Fraktion auch weiterhin den Weg zu einem "Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalen". – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD, der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Professor Dr. Bovermann. – Jetzt spricht für die FDP-Fraktion Herr Kollege Deutsch.

Lorenz Deutsch (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich über das wunderbare Bild, bei genau diesem Tagesordnungspunkt ein volles Plenum zu fortgeschrittener Zeit zu sehen. Das ist schon ein äußeres Zeichen dafür, dass dies kein normaler Tagesordnungspunkt ist, sondern ein besonderer Moment für dieses Parlament.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU und der SPD)

Es ist ein besonderer Moment, gerade auch für das Parlament, weil das, was wir heute beschließen, nämlich dieses Gesetz zur Gründung einer Stiftung, auf einer zweijährigen Vorbereitung beruht, die aus der Mitte dieses Parlaments heraus geleistet wurde – in einer sehr kollegialen Zusammenarbeit über die Fraktionsgrenzen hinweg. Die Kollegen haben sich dafür schon beim Kuratorium bedankt. Ich möchte mich dem ausdrücklich anschließen.

Das war eine sehr konstruktive Phase, die, obwohl sie zwei Jahre in Anspruch genommen hat, trotzdem als eine sehr kurze Zeit bewertet werden muss, in der sehr viel auf den Weg gebracht wurde. Aber es ist jetzt auch Zeit, den nächsten Schritt zu machen: den Schritt in die Selbstständigkeit dieser Initiative.

Die Initiative kam – auch das muss hier einmal erwähnt werden – nicht nur aus der Mitte des Parlaments, sondern wird bis jetzt auch von der Landtagsverwaltung getragen. Auch dahin möchte ich einen Dank adressieren. Es war keine Selbstverständlichkeit, dass es auch von dieser Seite so professionell und konstruktiv begleitet worden ist – vom Präsidenten, aber auch von den Mitarbeitern der Landtagsverwaltung. Die Planungsgruppe wurde größer. Das ist gut so. Denn auch die Aufgaben wurden größer. Es gab Wettbewerbe zur Gestaltung. Alles das ist prima begleitet worden. Das hat uns an den Punkt gebracht, an dem wir jetzt sind.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Dass diese gemeinsamen Anstrengungen so konstruktiv verlaufen sind, ist einem gemeinsamen Fluchtpunkt zu verdanken, glaube ich. Es geht im "Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalen" nämlich nicht einfach – das könnte man vordergründig sagen; es ist auch nicht falsch – um eine Identitätsstiftung für unser sogenanntes Bindestrich-Land. Ich glaube, darüber sind wir als Land schon hinweg. Da müssen wir uns gar nicht so klein machen. Es gibt diese nordrhein-westfälische Identität bereits. Aber sie braucht auch noch einmal einen Ort.

Der Fluchtpunkt hat eine bestimmte Zuspitzung – da sind wir uns in diesem Kuratorium sehr schnell einig gewesen –, nämlich die Fokussierung unserer Demokratie als Lebensform in diesem Land.

Das ist nicht nur eine politische Organisationsform, bei der beispielsweise Wahlen organisiert werden, sondern hat eine Werteorientierung. Es geht um eine plurale, liberale, offene Gesellschaft, die wir gemeinsam leben und stärken wollen. Für sie soll es genau diesen Fluchtpunkt geben. Das ist dann mehr als ein Museum oder eine Forschungseinrichtung. Das kann, wenn es gelingt, wirklich ein Orientierungspunkt für die Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens sein. Dahin sollte die Anstrengung gehen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Es ist deswegen auch ein Glücksfall, dass wir in Sachen Bau ein so attraktives Angebot machen können. Mit dem Behrensbau direkt am Rheinufer ist, glaube ich, ein Ort gefunden, der diesen Orientierungspunkt auch äußerlich geben kann.

Allerdings darf uns dann nicht der Fehler unterlaufen, dass man es in diesem Bau irgendwie einkastelt. Vielmehr muss das Ganze offen bleiben. Wir denken auch über dezentrale Dinge nach. Der Anfangspunkt soll eine Wanderausstellung sein, die das ganze Land bereist, das Thema zu den Bürgerinnen und Bürgern trägt und vielleicht Objekte einsammelt, die man dann wieder ausstellt, damit sie von dort ausstrahlen können. Diese Dynamik muss das Projekt unbedingt annehmen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU und der SPD)

Wenn all dies gelingt und wir einmal zu einer Dauerausstellung kommen, muss sie State of the Art sein. Dann muss alles, was museologische Forschung und Praxis zeigen, dort realisiert werden. Es muss ein lebendiger Ort werden, der nicht erstarrt, sondern sich immer weiter wandelt, sich anpasst und die Fragestellungen in unserer Gesellschaft aufgreift – wie schon gesagt, nicht als Meistererzählung oder als Erfolgsgeschichten. Vielmehr sollen die Kontroversen, die wir in dieser Demokratie austragen, und die vielen Bewegungen, die auch jenseits des politischen Betriebes eine Rolle spielen – deswegen ist auch der Beirat der gesellschaftlichen Gruppen so wichtig –, eingebracht werden.

Es soll nicht etwas Politisches sein. Das war vielleicht noch unsere Villa Horion. Dieses Haus muss ganz anders aufgestellt werden, Themen viel breiter aufnehmen und in das ganze Land ausstrahlen.

Wenn wir auf diesem Weg so vorankommen, wie wir das in den letzten zwei Jahren getan haben, ist mir nicht bange um dieses Projekt. Das ist ein toller Tag. Dafür vielen Dank!

(Beifall von der FDP, der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Deutsch. - Jetzt spricht für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Paul.

Josefine Paul\*) (GRÜNE): Vielen Dank. - Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Anfang 2018 haben wir gemeinsam den Gedanken zu einem "Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalen" aufgegriffen. Wir haben dieses "Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalen" dann gemeinsam auf den Weg gebracht.

Jetzt, 23 Monate später, wollen wir dieses Haus auf neue organisatorische und rechtliche Füße stellen, indem wir es nun mit einer Stiftung in eine Organisations- und Rechtsform gießen und damit einen weiteren, ganz wichtigen Schritt - auch wieder in großer Geschlossenheit und Gemeinsamkeit - gehen.

Das "Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalen" soll von dem Leitgedanken "Demokratie, Vielfalt, Wandel" getragen sein. Das sind drei Begriffe, die unser Land Nordrhein-Westfalen in ganz besonderer Art und Weise prägen, die die Menschen in Nordrhein-Westfalen in ganz besonderer Art und Weise prägen und die die Menschen in Nordrhein-Westfalen auch ausmachen.

Vielfalt beispielsweise ist etwas, was unser Land und die Menschen in diesem Land in ganz besonderer Weise ausmacht und was dieses Land in ganz besonderer Art und Weise prägt.

> (Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU, der SPD und der FDP)

Es geht in einem "Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalen" natürlich um die museale Darstellung von Landesgeschichte.

Aber natürlich soll es nicht dabei bleiben, denn es soll ja ein lebendiger Ort sein, der ausstrahlt, auch über den hoffentlich zukünftigen Behrensbau hinaus.

Es geht also auch um Information und Forschung, und es geht um Sammlung, um Kooperation, um eben tatsächlich ins ganze Land hinaus wirken zu können. Wie schon mehrfach angesprochen wurde, ist immer klar gewesen, auch im Kuratorium: Es geht hier eben nicht um eine Meistererzählung, sondern es soll um eine lebendige und um partizipative Geschichtsvermittlung gehen, und die funktioniert nur dann, wenn man die Impulse eben auch aus dem ganzen Land, die Impulse der Menschen in diesem Land mit aufnimmt in eine gemeinsame, in eine plurale Erzählung über die unterschiedlichsten Wege der Geschichte in Nordrhein-Westfalen.

Mein ganz besonderer Dank gilt der Planungsgruppe für alle bisherige Arbeit, und natürlich gilt mein Dank auch dem Kuratorium, denn wir haben tatsächlich in sehr intensiver Zusammenarbeit schon ein gutes Gerüst aufstellen können, und zwar in sehr, sehr guter Zusammenarbeit auch mit der Planungsgruppe, die natürlich inhaltlich die Hauptverantwortung getragen

27.11.2019

Dieses Haus der Geschichte soll ia ein Haus für die Menschen und ein Haus mit den Menschen in Nordrhein-Westfalen werden. Dementsprechend freuen wir uns ganz besonders darüber, dass neben dem wissenschaftlichen Beirat nun auch ein Arbeitskreis der gesellschaftlichen Gruppen ein Stiftungsorgan werden soll, denn das Haus der Geschichte soll Impulse aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammenbringen, und es soll eben ein lebendiger Ort des Dialogs sein. Dazu ist das eine sehr gute organisatorische Aufstellung.

Wir legen jetzt mit diesem Stiftungsgesetz den strukturellen Grundstein dafür, dass wir die Arbeit, die jetzt in großer Geschlossenheit begonnen worden ist, auch wirklich konsequent weiterführen. Ich glaube, das ist auch die richtige organisatorische Form, mit vielleicht ein klein bisschen Abstand zu diesem Parlament und zu diesem Haus eine Geschichte auf den Weg zu bringen, die die unterschiedlichsten Facetten der Geschichte Nordrhein-Westfalens zusammenbringt, die die unterschiedlichsten Ideen dieses Landes zusammenbringt. Ich freue mich darüber, dass wir dafür jetzt die strukturellen Grundlagen legen und weitere Weichen stellen. - Vielen Dank.

> (Beifall von den GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Paul. – Jetzt spricht für die AfD-Fraktion Herr Seifen.

Helmut Seifen\*) (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Im Gegensatz zu historisch gewachsenen Ländern wie Bayern oder Sachsen ist Nordrhein-Westfalen als historisches Gebilde erst vergleichbar jungen Ursprungs.

Es ist gleichsam synthetisch unter Laborbedingungen 1947 aus drei bis dahin verschiedenen Landesteilen zusammengefügt worden. Zwei dieser Landesteile waren zwar spätestens ab 1815 unter dem Dach des preußischen Staates vereinigt, aber die frühere Prägung durch eine jahrhundertelange historisch getrennte Entwicklung ließ zwar eine administrative Zusammenführung von drei Landesteilen zu, verhinderte jedoch für lange Zeit - eigentlich noch bis heute - das Gefühl einer gemeinsamen Identität.

Denn gerade die rheinischen Gebiete waren kleinteilig in verschiedenen Herrschaften und Fürstentümern geteilt, und ebenso waren die westfälischen Gebiete im Besitz geistlicher und weltlicher Herrscher. Insofern hat Nordrhein-Westfalen keine gemeinsame Vergangenheit, sodass Ihre Formulierung in § 2, dass der Zweck der Stiftung sein soll, die Vergangenheit von NRW darzustellen, so nicht verwirklicht werden kann. Wir können lediglich die Vergangenheit der Landesteile darstellen, aus denen NRW heute zusammengesetzt ist. Ob das dann die Geschichte Nordrhein-Westfalens ist?

Auch heute fühlt man sich noch als Rheinländer, als Westfale oder als Lipper. Ob man tatsächlich eine NRW-Identität wird schaffen können, ist doch sehr zu bezweifeln. Dieser Prozess der Identitätsbildung wird auf nationalstaatlicher Ebene hier auch Nation Building genannt. Der Erfolg solcher oftmals von oben oder mitunter auch von außen initiierter Versuche ist umstritten. Dennoch gilt Staatenbildung ohne Nationenbildung heute als problematisch, da in diesem Fall die notwendigen identitätsstiftenden Stabilisierungs- und Ausgleichsmechanismen fehlen.

Auf derartige Ausgleichsmechanismen ist auch NRW angewiesen. Die Konkurrenzsituation zwischen Westfalen und dem Rheinland ist sprichwörtlich. Das Ruhrgebiet nimmt noch eine Sonderrolle ein, unter anderem auch, weil dessen Bevölkerung seit dem Ende des 19. Jahrhunderts in besonderer Weise durch zugezogene Bevölkerung geprägt worden ist. Und so ergibt sich heute gefühlt eine Dreiteilung. Die Menschen fühlen sich als Rheinländer, Westfalen und Ruhrgebietler.

Durch den vergleichsweise besonders hohen Anteil von Migranten der jüngeren und jüngsten Zeit ist heute mehr denn je die Frage nach einem gemeinsamen verbindenden Band zwischen den in Nordrhein-Westfalen lebenden Menschen vordringlich.

Dies verwundert nicht in einem Bundesland mit bald 30 % Migrationshintergrund, wie wir es in Nordrhein-Westfalen erleben.

(Zuruf von der FDP: Wie krass!)

Und so rekurrieren Sie auch gar nicht auf Identitätsbildung, sondern definieren den Stiftungszweck ganz anders, nämlich ihn durch den Leitgedanken Demokratie, Vielfalt, Wandel zu verwirklichen.

(Zuruf von der FDP)

Aber wenn man das Zustandekommen dieses Gesetzes betrachtet, können starke Zweifel aufkommen, ob Sie wirklich nach einem gemeinsamen verbindenden Band streben und Demokratie, Vielfalt und Wandel in diesem Haus der Geschichte repräsentiert wissen wollen. Sie haben bei der Stellung des Antrags und der Vorbereitung des Gesetzentwurfs eine Fraktion hier in diesem Hause, die AfD, wieder einmal ausgegrenzt, wie Sie es ja aus Prinzip tun.

(Zuruf von der SPD: Und das war auch gut so!)

Auch das ist historisch einmalig.

(Zurufe von der SPD und der AfD)

Es ist beschämend für die parlamentarische Kultur in diesem Land.

(Beifall von der AfD)

Alles das, sehr geehrter Kollege Kuper, was Sie gerade vorgetragen haben, haben Sie alle miteinander ad absurdum geführt. Mich erschüttert, dass Sie das nicht merken. Es erschüttert mich, dass Sie Vokabeln der Gemeinsamkeit gebrauchen, der fraktions- übergreifenden Initiative, und Sie handeln in beschämender Weise so ausgrenzend, wie ich es vorher und nachher noch nicht erlebt habe.

(Zurufe von der SPD und der FDP)

Wenn es Ihnen um Demokratie ginge, würden Sie die 600.000 Wähler berücksichtigen, die uns gewählt haben.

(Zurufe von der SPD)

Und wenn es Ihnen um Vielfalt ginge, würden sie auch kritische Stimmen akzeptieren, welche die AfD zu den entscheidenden Themen hier in den Landtag einbringt. Zur Vielfalt gehören alle Parteien.

(Zuruf von der SPD: Sie nicht! – Zurufe von der CDU)

Aber Sie ziehen es vor, jede Kritik an Ihrer Politik als Hetze zu diffamieren. Herr Kollege Deppe, es tut mir leid, sie haben das gerade in exzellenter Weise vorgeführt.

(Rainer Deppe [CDU]: Sie haben doch gesagt, dass Sie gegen Nordrhein-Westfalen sind!)

Damit entziehen Sie sich der sachlichen Auseinandersetzung mit unserer Kritik und können Ihre in vielen Bundesländern vom Wähler abgestrafte Politik ungerührt weiterführen. Insofern beschleicht uns schon eine gewisse Skepsis, welche Geschichte in diesem Haus dargestellt werden soll.

Ich weiß ja, dass Geschichtsschreibung immer im Dienst der jeweils herrschenden Meinung steht

(Ibrahim Yetim [SPD]: Ist ja klar!)

und nicht eine objektive Darstellung historischer Abläufe und Entscheidungen vorlegt.

(Nadja Lüders [SPD]: Sie liefern den Grund dafür gerade selber!)

Nun wird vielleicht auch der AfD ein Kuratoriumssitz zugestanden. Bei der SPD hat sich das anders angehört. Allein die Tatsache, dass Sie der AfD keinen Sitz im Landtagspräsidium zugestanden haben, offenbart Ihre Gegnerschaft und Ihre antidemokratische Einstellung.

(Lisa-Kristin Kapteinat [SPD]: Da zeigt sich wieder, wie richtig das war! – Dietmar Brockes [FDP]: Sie sind gegen NRW!)

Auch im Kuratorium haben Sie dann einen Platz mehr.

(Zuruf von der SPD: Das ist Demokratie! Es geht nach der Mehrheit, und die haben Sie nicht!)

Allein der Umgang mit der AfD hier im Parlament lässt den Verdacht aufkommen, dass Sie den Problemen des Landes in diesem Haus der Geschichte NRW keinen oder nur einen geringen Platz einräumen werden.

(Matthias Kerkhoff [CDU]: Sie sollten nicht so weinerlich sein!)

Das Haus der Geschichte hat es aber nicht verdient, zum Herrscherlob missbraucht zu werden.

(Widerspruch von Frank Müller [SPD] und Henning Höne [FDP])

Die AfD-Fraktion hat hier ihre Skepsis vorgetragen.

(Matthias Kerkhoff [CDU]: Seien Sie mal nicht so weinerlich! – Ibrahim Yetim [SPD]: Hör doch auf zu weinen!)

Wir werden die Skepsis aber nicht so weit treiben, sie in eine Ablehnung des Gesetzentwurfs münden zu lassen. Wir werden uns enthalten. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD – Wolfgang Jörg [SPD]: Und nie vergessen: Sie sind keine Opfer, Sie sind Täter! – Unruhe)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Seifen. – Jetzt hat für die Landesregierung Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen das Wort.

**Isabel Pfeiffer-Poensgen,** Ministerin für Kultur und Wissenschaft: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Die Identität des sogenannten ...

(Unruhe - Glocke)

- Alles gut, ich fange einfach noch mal an.

Die Identität des sogenannten Bindestrichlandes Nordrhein-Westfalen – ich empfinde das überhaupt nicht als negative Bezeichnung – war nach seiner Gründung 1946 und nach der Eingliederung des Landes Lippe ein Jahr später ein Thema, das Landtag und Landesregierung wiederholt beschäftigt hat. Der Ausdruck "Bindestrichland" ist meiner Meinung nach etwas sehr Positives, weil er genau eins der drei Mottos für dieses ganze Projekt beinhaltet, nämlich das Thema "Vielfalt".

(Beifall von Franziska Müller-Rech [FDP])

Überlegungen, durch ein Haus der Landesgeschichte die Entstehung und Entwicklung des Landes aufzugreifen und für die Menschen erlebbar zu machen, hat es bereits vor Jahren gegeben. Wir haben es schon gehört. Seit dem Jahr 2010 hat sich der damalige Landtagspräsident Herr Eckhard Uhlenberg in besonderer Weise für diese Idee engagiert. Die zügige Errichtung eines landesgeschichtlichen Museums scheiterte damals an verschiedenen Faktoren, unter anderem auch an haushaltswirtschaftlichen Gesichtspunkten.

Im Juni 2017 haben CDU und FDP das Thema erneut fokussiert und im Koalitionsvertrag folgendes Ziel verankert – mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten möchte ich zitieren –:

"Landesgeschichte und Landesidentität gehören untrennbar zusammen. Aus diesem Grund soll die Idee eines 'Hauses der Geschichte Nordrhein-Westfalens' in unmittelbarer Nähe zum Landtag aufgegriffen werden. Experten aus Universitäten, Instituten, Museen und Publizistik, Landtag und Landesregierung sollen dazu ein unabhängiges und überparteiliches Konzept entwickeln."

Wir haben die Umsetzung dieses Projekts von Anfang an parteiübergreifend und partnerschaftlich zwischen Landtag und Landesregierung angelegt.

In der Sitzung vom 18. Januar 2018 hat der Landtag den Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und von Bündnis 90/Die Grünen mit dem Titel "Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalens für die Menschen greifbar und erlebbar machen" mit großer Mehrheit angenommen. Für die Landesregierung habe ich diesen Antrag im Plenum dieses Hohen Hauses damals ausdrücklich begrüßt.

Die Landesregierung wurde im Landtagsbeschluss vom 18. Januar 2018 beauftragt, den Landtag bei diesem Vorhaben zu unterstützen. Daraufhin sind unter anderem eine Planungsgruppe und ein begleitendes Kuratorium eingesetzt worden, die ein Konzept für ein Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalens als Verbindung von Forschungsinstitut und Museum entwickeln sollten. Im Januar dieses Jahres hat Ministerpräsident Armin Laschet zudem in einem Brief an Landtagspräsident Kuper mitgeteilt, dass das geplante Haus der Geschichte in den landeseigenen Behrensbau, der ehemaligen Vodafone-Zentrale, einziehen kann und dort gemeinsam mit einem Veranstaltungsforum der Landesregierung untergebracht wird.

Das Forum soll als Tagungsort im Herzen unserer Landeshauptstadt allen gesellschaftlichen Gruppen, Verbänden und Initiativen für größere Veranstaltungen zur Verfügung stehen. Gleichzeitig sollen diese Räumlichkeiten dem Bedarf der Landesregierung für Veranstaltungszwecke dienen.

Ich bin sicher, dass die gemeinsame Unterbringung des Hauses der Geschichte und dieses Veranstaltungsforums Synergien schaffen wird. Mitten im Regierungsviertel, gegenüber von Landtag und Staatskanzlei entsteht so ein Ort, der interessierte Bürger, gesellschaftliche Akteure und auch politische Verantwortungsträger zusammenbringt. Zudem entsteht zwischen Landtag und Behrensbau eine Meile der Demokratie, die nicht nur Schülerinnen und Schülern einen Besuch wert sein dürfte.

Der vorliegende Gesetzentwurf folgt in seiner Grundstruktur dem Gesetz zur Errichtung einer Stiftung "Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland" vom 28. Februar 1990. Die Landesregierung begrüßt diesen Gesetzentwurf ausdrücklich. Das Haus der Geschichte in Bonn zeigt, wie es gelingen kann, Geschichte für Museumsbesucherinnen und besucher lebendig werden zu lassen und damit auch identitätsstiftend in die Gesellschaft hineinzuwirken.

Ich freue mich sehr, dass mit dem heutigen Beschluss des Stiftungsgesetzes das von Landtag und Landesregierung gemeinsam getragene Projekt "Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalens", eine entscheidende Etappe nimmt. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP, den GRÜNEN und der Regierungsbank)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit kommen wir direkt zur Abstimmung, weil eine Überweisung des Gesetzentwurfs nicht vorgesehen ist. Wir stimmen über den Gesetzesentwurf Drucksache 17/7904 in erster Lesung ab. Wer stimmt dem Gesetzentwurf zu? – CDU, SPD, FDP, Grüne und Herr Langguth, fraktionslos. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Die AfD-Fraktion, wie angekündigt. Damit ist der Gesetzentwurf Drucksache 17/7904 einstimmig in erster Lesung angenommen.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Ich rufe auf:

## Wanderfischprogramm fortführen – zügige Durchgängigkeit der Gewässer erreichen

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/7911

Ich eröffne die Aussprache. Herr Dr. Nolten von der CDU-Fraktion hat das Wort.

**Dr. Ralf Nolten** (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sind wir lernfähig angesichts der Erfahrungen mit der Nitrat-, der FFH- oder der Luftqualitätsrichtlinie, oder laufen wir sehenden Auges bei der Wasserrahmenrichtlinie auf ein erneutes Scheitern bei den Umsetzungszeitplänen zu?

Wir waren gut gestartet. Es gab runde Tische mit Vertretern von Fischerei, Industrie, Naturschutzverbänden, Wasserkraftanlagenbetreibern, Wasserverbänden, Landwirtschaft, Wasserversorgern und Kommunen, kurz: mit allen Stakeholdern vor Ort. Da wurden Gutachten beauftragt, Maßnahmenprogramme entwickelt, und es wurde durchaus zügig mit der Umsetzung begonnen.

Zum Ziel eines guten Gewässerzustandes gehören dabei auch das Vorkommen der flussgebietstypischen Fischfauna und die Möglichkeit der Durchwanderbarkeit für Aal, Neunauge und den Lachs. Für ihn hat NRW in den Bewirtschaftungsplänen als Laichgewässer die Gewässersysteme von Sieg, Wupper und Rur ausgewiesen.

An der Rur wurde als erste und bislang einzige letzte große Maßnahme in 2007 die Fischtreppe am Staubecken Obermaubach eingeweiht. Das war es.

Der Elan der Anfangsjahre scheint hier wie dort verpufft. Bis heute verwehren an der Rur – wie auch an vielen anderen Flüssen – noch über 40 Anlagen den ungehinderten Auf- und Abstieg. Nicht nur Fischereiverbände und Genossenschaften beklagen den schleppenden Fortgang.

Während verwaltungsseitig noch an einem umstrittenen Salmonidenerlass festgehalten wird, während auch 20 Jahre nach Inkrafttreten der EU-Richtlinie elementare Gutachten etwa zur Mindestwasserführung fehlen, während die Bugwelle der erforderlichen Investitionen in Retentionsbodenfilter, Wehrumbauten, Strahlursprünge und Trittsteine von Jahr zu Jahr steigt, spitzen sich vor Ort die Konflikte unnötigerweise zu.

Am Gewässer seit Generationen ansässige Unternehmen klagen erfolgreich vor Gericht ihre Wasserrechte ein. Vorschläge zu Wehrumbauten und zu Niedrigwassergerinnen werden bei der Bezirksregierung auf die lange Bank geschoben. Rechtsfragen zur finanziellen Unterstützung von Privaten beim Wehrumbau, zur Finanzierung von allein lachsbedingten Maßnahmen oder zu den Konsequenzen einer Gewässerrenaturierung auf eine mögliche Veränderung der FFH-Gebiete stehen seit Jahren unbeantwortet im Raum.

Land, Bund und EU halten gegen jegliche Erkenntnis das Zeitziel 2027 hoch. Industrie, Gewerkschaften und Kommunen wollen aber am Ende nicht Verlierer von aktionistischem Handeln sein.